

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation  
Abteilung Hochschulen  
3003 Bern



Geht per Mail an: [isabella.brunelli@sbfi.admin.ch](mailto:isabella.brunelli@sbfi.admin.ch)

11.11.2015

### **Vernehmlassung: Änderung des ETH-Gesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

#### **Grundsätzliches**

Die BDP anerkennt die bedeutende Rolle der Schweizer Bildungs- und Forschungsinstitutionen in Bezug auf ihre Forschungsleistungen, die Ausbildung und den Fachkräfte-Nachwuchs sowie auf die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Schweizer Forschungsinstitutionen sollen auch in Zukunft weltweit in der obersten Liga mitspielen können. Die Forschungsleistung unterteilt sich nach bewährtem Muster in Grundlagenforschung und angewandte Forschung. Letzteres bedingt eine angemessene Vernetzung mit der Wirtschaft, damit Innovationen zu marktfähigen Produkten entwickelt werden können.

Die BDP bekennt sich klar zur Schaffung der richtigen Balance zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung einerseits sowie zum Erhalt der Forschungsfreiheit andererseits. Bei letzterem Punkt vertritt die BDP gleichzeitig die Meinung, dass der Bund die strategische Ausrichtung bei Forschungsprojekten in einer gewissen Bandbreite lenken können soll, was teilweise bereits heute geschieht. So begrüsst die BDP bspw. Forschungsprogramme im Bereich der erneuerbaren Energien und mit Blick auf die Umsetzung der Energiestrategie 2050. Auch hier gilt es allerdings die richtige Mischung zwischen staatlicher Einflussnahme in gewissen strategischen Schwerpunkten und der Forschungsfreiheit zu garantieren.

#### **Vorbehalte gegenüber dem Entwurf im Bereich der strategischen Ziele (Art. 33)**

Mit der vorliegenden Änderung des ETH-Gesetzes sollen unter anderem die Corporate-Governance-Strukturen berücksichtigt werden, wobei die Anpassung von Artikel 33 im Vordergrund steht. Fakt ist, dass die Governance-Reformen im Zusammenhang mit der Setzung von „strategischen Zielen der verselbständigten Einheiten“ bereits seit geraumer Zeit in Vorbereitung sind.

Bei der vorgeschlagenen Änderung von Artikel 33 meldet die BDP Vorbehalte an. Einerseits muss die Frage aufgeworfen werden, ob es sinnvoll ist, im Zusammenhang mit den strategischen Zielen der verselbständigten Einheiten die Hochschulen (ETH) über den gleichen Leist zu schlagen, wie eine Post oder eine SBB. Aus unseren obigen Erläuterungen wird ersichtlich, dass im Forschungsbereich angesichts des Dilemmas zwischen der Bestimmung strategischer Ziele und der Garantie der

Forschungsfreiheit nach speziellen Gesichtspunkten legiferiert werden sollte. Es besteht die Gefahr, dass mit der vorgeschlagenen Ausgestaltung von Artikel 33 die Hochschulautonomie aufgrund von allzu rigiden Vorgaben des Bundesrates resp. der Bundesverwaltung leiden könnte und dass der ETH-Rat von einem strategischen Gremium zu einem verlängerten Kontrollarm der Bundesverwaltung mutieren könnte. Je weiter entfernt von den betroffenen Hochschulen strategische Entscheide gefällt werden, desto grösser ist die Gefahr, dass die Entscheide realitätsfremd sind und die Freiheit von Forschung und Lehre beeinträchtigt werden kann.

Unter Bezugnahme auf die Sensibilität des Forschungsbereichs im Vergleich zu den anderen verselbstständigten Einheiten fügt die BDP als weiteren Kritikpunkt im selben Artikel die Nicht-Berücksichtigung des Parlaments an.

Aus diesen Gründen sollte die Formulierung in Artikel 33 den besonderen Umständen des Forschungsbereichs angepasst werden.

### **Unterstützung für alle weiteren Anpassungen**

Mit den restlichen Gesetzesänderungen ist die BDP einverstanden. Als wichtig erachten wir insbesondere die Möglichkeit zur Steuerung des Zustroms ausländischer Studierender, die Anpassungen im Bereich der Studiengebühren sowie die Regelungen in den Bereichen Wissenschaftliche Integrität und Datenaustausch.

Wir danken für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Martin Landolt  
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti  
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz